

Tagung zur Eröffnung der Landtour „Pflege in MV“

06.08.2012

Dr. Martina Bunge „Die Pflegeversorgung im Fokus der Bundespolitik“

Seit Jahren sehe ich, wenn ich in den sitzungsfreien Wochen durchs Land toure, das unermüdliche Engagement von Pflegekräften bei ambulanten Pflegediensten und in Heimen.

Zugleich wird mir berichtet, dass viele Pflegekräfte - trotz bewusster Wahl dieses Berufes – nach 10 bzw. 15 Jahren physisch und psychisch so ausgepowert sind, dass sie den Beruf aufgeben (müssen).

Ich verstehe den Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, in der vertrauten Umgebung zu bleiben, sehe aber zugleich, wie viele Familien überfordert sind und professionelle Hilfe brauchen.

Es ist eine Binsenweisheit, dass die Zahl der Pflegebedürftigen steigt – die Herausforderungen kommen also erst noch.

Wenn ich hier und heute über die „Pflegeversorgung im Fokus der Bundespolitik“ sprechen soll, dann sage ich - in Beurteilung der Berliner Zustände - klipp und klar:

Die bundespolitischen Entscheidungen sind nicht auf der Höhe der Zeit!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird eine pflegepolitische Baustelle hinterlassen!

Und das macht so wütend, weil der dringende Handlungsbedarf so offensichtlich ist und Alternativen auf dem Tisch liegen!

Wo sehe ich als Vertreterin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag den Handlungsbedarf?

Seit 1995 hat es bei den Pflegesätzen nur marginale Anpassungen gegeben, Experten sprechen von einem Realwertverlust von mindestens 15 Prozent.

Da ist es völlig klar, dass es „knirscht im Gebäck“, im Verhältnis der Leistungserbringer mit den Kranken- bzw. Pflegekassen.

Keinem logisch denkenden Menschen kann man erklären, wie mit solch entwerteten Sätzen bitte schön ausreichend Pflegekräfte und vernünftige Löhne für diese verantwortungsvolle Arbeit bezahlbar sind.

Und ich stelle mit dieser Aussage beileibe nicht die Kranken- und Pflegekassen als Buhmann hin. Sie müssen auskommen mit dem Geld, das ihnen die Politik, die Bundespolitik zur Verfügung stellt. Dort sitzt der Verursacher der Misere.

Bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) kommt noch hinzu, dass die Politik der CDU/CSU- und FDP-Koalition nicht gerade das Geldausgeben befördert hat, im Gegenteil: Die Angst vor Zusatzbeiträgen - und damit der Imageverlust - lässt die Krankenkassen das Geld zusammenhalten; soweit, dass viele nun sogar Überschüsse haben. Aber die Sorgen sind unübersehbar, markante Bsp. sind unlängst das Versagen von Mutter/Vater-Kind-Kuren bundesweit, nun die häusliche Krankenpflege hier im Land.

Die herrschende Bundespolitik hat unter der Großen Koalition und auch jetzt unter schwarz-gelb keine zukunftsfähige Finanzierung zu Werke gebracht. Aber auch hier gilt: ohne Moos nix los!

Am letzten Tag vor der Sommerpause hat der Dt. Bundestag das Pflegeneuausrichtungsgesetz (PNG) verabschiedet, mit den Stimmen der Koalition, einhellig gegen die Stimmen der Opposition.

Wir haben abgelehnt, weil ein neues Verständnis von Pflege ausbleibt.

Obwohl seit Anfang 2009 die Vorschläge des „Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs“ auf dem Tisch liegen, wurde nichts zu deren Umsetzung getan.

Es bleibt bei dem derzeitigen engen, verrichtungsbezogenen Pflegebegriff; der unverkennbare Bedarf an Beaufsichtigung und Betreuung, an Kommunikations- und Teilhabebedürfnissen bleibt unberücksichtigt. Es bleibt bei der Pflege im Minutentakt.

Pflege wird nicht am Grad der jeweiligen individuellen Selbständigkeit und individuellen Ressourcen orientiert.

Damit wird das verabschiedete Gesetz weder pflegewissenschaftliche Erkenntnisse noch Alltagserfordernissen der Betroffenen und ihrer Angehörigen gerecht.

Die Pflegeversicherung bleibt eine Teilkaskoabsicherung, das heißt, ein immer größerer Teil der Pflegekosten muss aus dem eigenen Geldbeutel bezahlt werden.

Viele können das nicht – wer arm und pflegebedürftig ist, muss aus Kostengründen von den Angehörigen gepflegt werden. Und dabei geht es um „Müssen“, nicht um „Wollen“.

Wer keine Angehörigen hat, die das leisten können, muss auf die Sozialhilfe zurückgreifen...

Und damit wird das Ziel, wofür sich Bundesminister Norbert Blüm Anfang der 1990er Jahre bei der Einführung der Pflegeversicherung so eingesetzt hat, nämlich: die Leute aus der Sozialhilfe zu holen – ad absurdum geführt.

Ganz abgesehen davon, dass Veränderungen der Familienstrukturen, des Familienbildes, der Erwerbsbiografien von Frauen und die Anforderungen der Arbeitswelt – und davon sind wir im Land ja wegen der Pendler oder Wegzügler ein Prototyp – unübersehbar den Trend zur professionellen Pflege bringen. Und: häusliche Pflege bedeutet ja nicht automatisch, dass pflegebedürftige Menschen von ihren Angehörigen gepflegt werden wollen.

Zurück zum PNG: Neben dem Pflege-Bahr oder Pflege-Riester, also der widersinnigen privaten Zusatzversicherung, hält das Gesetz mit der Beitragserhöhung um 0,1 Prozent ab 1. Januar 2013 ein paar – viel zu kleine - Zuschläge parat.

Diese wurden vom Minister über den grünen Klee gelobt; ich hab sie in meiner Rede als Bonbons bezeichnet, die das Paket enthält...

Eines muss uns klar sein: wenn - nach so langer Zeit der Abstinenz von Verbesserungen - etwas mehr Geld kommt, wird sich eine Art „Zufriedenheit“ einstellen, unter dem Motto, na wenigstens etwas!

Wir meinen aber:

Druck muss entstehen in der Gesellschaft, damit in der Bundespolitik endlich angemessene Rahmenbedingungen für gute Pflege geschaffen werden.

Die Opposition von SPD, BündnisGrünen und LINKEN im Bund ist sich einig, dass etwas passieren muss und kann – das ist in allen Äußerungen und Konzepten nachzulesen.

DIE LINKE hat ein sehr konsequentes Konzept vorgelegt, sowohl zur künftigen Finanzierung von Gesundheit und Pflege, aber auch zur inhaltlichen Ausgestaltung.

Das Konzept einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung der LINKEN ist durch einen unabhängigen Sachverständigen mit einem makroökonomischen Simulationsmodell durchgerechnet (ich erkläre hier nicht die 844 Formel – auf der Seite der Linksfraktion ist alles nachzulesen). Es werden die Potenzen sichtbar, wenn wirklich alle über alle Einkommen für Gesundheit und Pflege einbezahlen.

Die kurze Replik auf den Gesundheitsbereich sei mir hier gestattet, weil notwendig:

Wenn die Beitragszahlung auf breitere Schultern gelegt wird und auch die Beitragsbasis - durch alle unselbständigen und selbständigen Einkommen, aber auch Kapital-, Miet- und Pächterträge – verbreitert würde, könnten alle Leistungen, die heute in Gesundheitssystem laufen, ohne Praxisgebühr und Zuzahlungen von den Patient/innen zu verlangen, mit nur 10% Beitragssatz (5% vom Versicherten, 5% vom Arbeitgeber) über Jahre hinweg bezahlt werden.

Für die unteren zwei Drittel der Bevölkerung wären das Erleichterungen gegenüber den jetzt zu zahlenden 17,5%, die noch dazu unparitätisch, zulasten der Versicherten, zu tragen sind.

Natürlich haben wir auch Rechnungen für die Pflegeversicherung machen lassen.

Und wir haben gleich ein Sofortprogramm mit einrechnen lassen, nämlich den Ausgleich des anfangs erwähnten Realwertverlusts von 15% für alle Leistungen und eine Erhöhung der Sachleistungen für die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege um 25%.

Das alles ist mit unserer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung (BBV) auch in der Pflege mit einem Beitragssatz von rd. 2 % machbar. Was also für die normalen Beitragszahler keine zusätzlichen Belastungen brächte.

Und da es bei der Krankenversicherung zu massiven Beitragsentlastungen kommt, wäre also für die Pflege Spielraum für die notwendigen Leistungsverbesserungen.

Bisher kann keine bzw. keiner genau sagen, was die Pflege, die Selbstbestimmung und Teilhabe wirklich gewährleistet, eigentlich kostet. Auch unsere Fraktion allein hat nicht die Kapazitäten, das zu ermitteln.

Aber eine konsequente Bürgerinnen- und Bürgerversicherung hat enorme Potenzen: die Erhöhung um einen Beitragssatzpunkt brächte rd. 16 Mrd. €; Bedarfe, die derzeit artikuliert werden, sprechen von 6 bis 8 Mrd. €, also mit unserer BBV - ein halber Prozentpunkt.

Auch wenn das Konzept der LINKEN nicht 1:1 umgesetzt werden wird, es gibt die Chance, machbare, solidarische Wege zu beschreiten, um Gestaltungsspielraum zu schaffen, damit endlich für die Pflegebedürftigen das starre Stufensystem überwunden wird, die Angehörigen entlastet und die Pflegeberufe gesellschaftlich anerkannt werden.

Aktuell kursiert die allgemeine Klage über den Fachkräftemangel, vor allem für die Pflegeberufe. Ich kenne viele junge Leute, die nicht den ganzen Tag an der Werkbank stehen oder am PC sitzen wollen, sondern gern mit Menschen arbeiten wollen.

Doch ist der Pflegeberuf heute wirklich attraktiv?

Ich denke wir stimmen überein: nein, über die Arbeitsdichte und schlechte Bezahlung haben wir gesprochen.

Aus all dem sage ich deshalb kurz und knapp:

für die Pflege ist mir kein Euro zu schade – man müsste eigentlich das alte Sprichwort: „Zeit ist Geld“ umkehren und sagen: „Geld ist Zeit“, Zeit für humane Arbeit mit Menschen...